

Jahrespressekonferenz der Handelskammer Deutschland-Schweiz 2016

**Freitag, 1. April 2016, 11.00 Uhr,
im Hotel Park Hyatt Raum Chicago & Shanghai,
Beethoven-Strasse 21, 8002 Zürich**

Inhaltsübersicht

- Aussenhandel Deutschland-Schweiz 2015
„Dämpfer im Zeichen des starken Frankens“
- Aussenhandelsumfrage bei Schweizer und deutschen Mitgliedern:
Frankenstärke, Fachkräftemangel und Bilaterale Verträge die grössten Herausforderungen
- Masseneinwanderungsinitiative
Nachhaltige Lösung der Beziehungen Schweiz-EU erforderlich
- Deutlicher Anstieg der Schweizer Direktinvestitionen in Deutschland 2015 –
veränderte Zielsetzungen
- Ständig wachsende Bürokratie beim Personaleinsatz über die Grenze
- Weiterhin keine Lösung beim Wirtschaftshemmnis durch
Schweizer Sozialversicherung für Unternehmensgründer in der Schweiz
- Erstmals über 300'000 Deutsche in der Schweiz:
Zuwanderung aus Deutschland deutlich rückläufig

Teilnehmer der Handelskammer:

Dr. Gottlieb A. Keller, Präsident
Ralf J. Bopp, Direktor
Dr. Marion Hohmann-Viol, stv. Direktorin
Daniel Heuer, Vizedirektor

Sperrfrist: 1. April 2016, 11.00 Uhr

Presse-Information

Nummer: 1.1.

Communiqué de presse

Datum: 1. April 2016

Notizia di stampa

Aussenhandel Deutschland-Schweiz 2015 – Dämpfer im Zeichen des starken Schweizer Frankens

Der Aussenhandel Deutschland-Schweiz fiel 2015 gegenüber dem Vorjahr um 6,9 % auf 83,7 Mrd. CHF. Die Schweizer Exporte nach Deutschland nahmen um 2 Mrd. CHF (5,1 %) auf 36,6 Mrd. CHF ab, die Importe sogar um 4,3 Mrd. (8,2 %) auf 47,0 Mrd. CHF. Der Auftakt ins Jahr 2016 begann hingegen deutlich positiver.

Der starke Franken zum Euro wirkte sich 2015 spürbar auf den Wirtschaftsaustausch der Schweiz mit Deutschland aus. Nach der schwachen Erholung 2014 wechselte der deutsch-schweizerische Handel 2015 wieder – wie bereits in den Jahren davor – in den Rückwärtsgang und blieb mit einem Minus von 6,9 % stärker betroffen als der gesamte Aussenhandel der Schweiz (- 4,6 %), der je nach Branche und Exportdestination ein heterogenes Bild zeigte. Die Handelsbilanz der Schweiz insgesamt erzielte 2015 erneut einen Rekordüberschuss von 36,6 Mrd. CHF. Einerseits waren insbesondere die Maschinenindustrie und die Eurozone von einem Rückgang der Exporte betroffen, während andererseits der Aussenhandel mit den USA und China mit Rekordwerten aufwarten konnte.

- Mit 83,7 Mrd. CHF lag das **Handelsvolumen Deutschland-Schweiz** 2015 nicht nur weit unter dem Rekordergebnis von 106,6 Mrd. CHF (2008), sondern auch unter dem Wert von 2009 (89,1 Mrd. CHF), dem Jahr der Finanzkrise.
- **Wichtigster Handelspartner mit der Schweiz bleibt Deutschland**, mit weitem Abstand vor den nächsten Ländern in der Rangfolge. Aus Deutschland wurden 28,3 % aller Schweizer Importe bezogen, mehr als aus den drei folgenden Lieferländern Italien mit 9,7 %, Frankreich mit 8,0 %, China mit 7,4 %. An fünfter Stelle folgen die USA mit 7,0 %. In der Gegenrichtung bleibt Deutschland mit einem Anteil von 18,1 % der wichtigste Exportmarkt der Schweiz, gefolgt von den USA mit 13,5%, Frankreich mit 6,9 %, Italien mit 6,3 %, und dem Vereinigten Königreich mit 5,8 %.
- Seit einigen Jahren gehen die **Anteile Deutschlands am Aussenhandel der Schweiz** leicht zurück. Beim Blick auf das Rekordjahr des Handelsaustausches 2008 wird diese Erosion der Anteile deutlich sichtbar: Im Jahr 2008 hatte der Exportmarktanteil Deutschlands noch 20,3 % betragen und heute nur noch 18,1 %. Der Importmarktanteil hatte 2008 noch 34,7 % betragen und ist 2015 auf 28,3 % gefallen. Die Verschiebung der Handelsanteile erfolgt zugunsten der USA und der Schwellenländer, insbesondere auch zugunsten Chinas.
- Aus **Sicht der deutschen Wirtschaft lag die Schweiz** hinsichtlich des Handelsvolumens unverändert an **9. Position**. Für Deutschland ist die rund zehn Mal kleinere Schweiz ein wichtigerer Handelspartner als grosse Volkswirtschaften wie Russland, Japan, die Türkei, Brasilien oder Indien.

Presse-Information

Nummer: 1.2.

Communiqué de presse

Datum: 1. April 2016

Notizia di stampa

- **Importseitig dominierten 2015 vier Warenarten** den schweizerisch-deutschen Aussenhandel, nämlich Chemie/Pharma (19,2 %), Maschinen, Apparate, Elektronik (18,6 %), Fahrzeuge (14 %) sowie Metalle (11,7 %). Gemeinsam stellen sie fast zwei Drittel der Schweizer Importe aus Deutschland.
- **Exportseitig konzentrierten die vier grössten Warenarten** sogar vier Fünftel auf sich, umfassend die Warenarten Chemie/Pharma (36,3 %), Maschinen, Apparate, Elektronik (20,1 %) Präzisionsinstrumente/Uhren (13%) sowie Metalle (11,8 %).
- Bei den Schweizer Einfuhren zeigten drei der vier grössten Warenarten Rückgänge von rund 10 %. Lediglich die Rubrik der Fahrzeuge schlug mit einem Plus von + 6,7 % aus dem Rahmen. Bei den Exporten schrumpften alle vier oben genannten Warenarten, im Falle der Art Maschinen, Apparate, Elektronik sogar um 10,0 %. Veränderungen bei diesen vier anteilsschweren und wertschöpfungsintensiven Warenarten beeinflussten naturgemäss die Handelsbilanz mit Deutschland überproportional stark.
- Wesentlich erfreulicher als der Waren- entwickelte sich der **Dienstleistungsaustausch** zwischen der Schweiz und Deutschland. Er machte 2015 rund ein Drittel des Güterhandels aus. 2015 verzeichnete Deutschland 17,4 Mrd. EUR Dienstleistungseinnahmen aus der Schweiz (+ 1,4 %), während die Ausgaben für Schweizer Dienstleistungen 10,8 Mrd. EUR (+ 2,0 %) betragen. Damit fiel die Dienstleistungsbilanz (ohne Reiseverkehr) wie üblich zugunsten von Deutschland aus.
- Der Warenaustausch Schweiz-Deutschland startete im Januar 2016 noch recht verhalten, ehe im Februar 2016 die Exporte mit einem Plus von 8,4 % und die Importe mit einem Zuwachs von 6,8 % wieder auf einen **Anstieg des Handelsvolumens für das gesamte Jahr 2016** hindeuten.

Presse-Information

Nummer: 2.1.

Communiqué de presse

Datum: 1. April 2016

Notizia di stampa

Aussenhandelsumfrage bei Schweizer und deutschen Mitgliedern: Frankenstärke, Fachkräftemangel und Bilaterale Verträge die grössten Herausforderungen

Für die schweizerische Wirtschaft, insbesondere mittelständische Unternehmen im Industriesektor, ist der momentane Frankenkurs eine spürbare Belastung und wird als grosses Risiko empfunden, während die deutschen Firmen eher eine Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit sehen. Die Ungewissheit über die Art der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative stellt besonders in Bezug auf den Fachkräftemangel eine weitere Herausforderung dar. Doch viele der befragten Firmen blicken auch zuversichtlich in die Zukunft.

Eine aktuelle stichprobenweise Umfrage von Februar 2016 unter den Schweizer und deutschen Mitgliedsfirmen der Handelskammer Deutschland-Schweiz, welche vorwiegend aus dem mittelständischen Industriesektor stammen, zeigt die Herausforderungen für den grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehr. Gegensätzlich trifft das Wechselkursverhältnis des Schweizer Frankens zum Euro die Firmen:

- 74 % der Schweizer Mitgliedsunternehmen sehen ihre Wettbewerbsfähigkeit durch den Franken-Euro Kurs negativ beeinträchtigt, darunter 37 % sogar stark.
- 37 % der deutschen Mitgliedsunternehmen beurteilen den starken Franken als positiv für ihre Wettbewerbsfähigkeit.

Massnahmen im Umgang mit der Frankenstärke

82 % der befragten Schweizer Unternehmen mussten in den letzten Monaten auf Grund der Frankenstärke Massnahmen ergreifen. Von 40 % waren diese stark bis drastisch eingestuft worden. Neben Effizienzsteigerung (60 %) und Forcierung sowie Ausbau spezifischer Stärken (43 %) setzten die Schweizer Unternehmen vor allem auf kostensenkende Massnahmen (57 %) und Optimierungen:

- 59 % kauften mehr in der EU ein, 23% davon in Deutschland
- 41 % setzten auf Innovationen
- 38 % optimierten die Logistikkette
- 15 % gaben an, dass sie Einsparungen beim Personal vornehmen mussten
- 13 % setzten auf Unternehmenskauf im Ausland und
- 11 % auf Produktionsverlagerung im Ausland

Presse-Information

Nummer: 2.2.

Communiqué de presse

Datum: 1. April 2016

Notizia di stampa

Zukünftige Herausforderungen

Bezüglich der zukünftigen Herausforderungen ihrer Unternehmen befragt, ergibt sich zwischen den deutschen und schweizerischen Unternehmen ein heterogenes Bild. 83 % der befragten **Schweizer Firmen** geben an, dass der Wechselkurs Franken-Euro ihr momentan allergrösstes Risiko darstellt. Weitere grosse Herausforderungen sehen sie beim Fachkräftemangel (63 %), den Arbeitskosten (53 %) sowie bei einer schwächeren Inlandsnachfrage (52 %).

Weiter stellen für knapp 60 % die momentanen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der Schweiz, die noch nicht geklärte Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative und der mögliche Wegfall der bilateralen Verträge Schweiz-EU ein Risiko für ihr grenzüberschreitendes Engagement dar. Nach einzelnen Themen befragt, sehen Schweizer Firmen schliesslich die Zollabwicklung (35 %) als ein grosses Hindernis.

Für die **deutschen Firmen** bedeuten die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (58 %) (administrative Kontrollen, Bürokratie, Steuerrecht und verschärfte Regelungen des Gesetzgebers), die globale Wirtschaftsentwicklung (57 %) und auch der Fachkräftemangel (51 %) grössere Herausforderungen. Weiter stellen sich für sie an der Grenze grössere Probleme: vor allem der administrative Aufwand zur Einholung von Arbeitsbewilligungen für deutsche Mitarbeitende in der Schweiz (67 %) und die Mitarbeiterentsendung (64 %) bereiten Schwierigkeiten. Für 56 % stellt auch die Zollabwicklung eine Hürde dar.

Aussichten

- Zuversichtlich sind die Ausblicke der **Schweizer Mitglieder** auf die kommenden 12 Monate: 51 % erwarten gleichbleibende Exporte nach Deutschland, 35 % gehen von steigenden Ausfuhren aus.
Etwa die gleiche Einschätzung geben die Schweizer Firmen auch für ihren Import aus Deutschland ab.
- 33 % der **deutschen Mitglieder** erwarten in den nächsten 12 Monaten eine Steigerung ihrer Exporte in die Schweiz, während 45 % von einer Stagnation ausgehen.
- Beim Import der deutschen Firmen aus der Schweiz zeigt sich allerdings ein anderes Bild, welches im Zusammenhang mit dem hohen Schweizer Frankenkurs zu stehen scheint: 85 % der deutschen Mitgliedsfirmen erwarten keine Steigerung ihrer Einkäufe in der Schweiz.

Presse-Information

Nummer: 3.1.

Communiqué de presse

Datum: 1. April 2016

Notizia di stampa

Deutlicher Anstieg der Schweizer Direktinvestitionen in Deutschland 2015 – veränderte Zielsetzungen

Nach wie vor ungebrochen nahmen die Direktinvestitionen zwischen Deutschland und der Schweiz auch im Jahr 2015 zu. Der Grad der gegenseitigen Verflechtung beider Länder wird deutlich.

Besonders die **Schweizer Direktinvestitionen in Deutschland** sind 2015 stark gestiegen. Per Saldo konnte ein Plus von 7,3 Mrd. EUR verzeichnet werden. Zum Vorjahr hatte der Saldo noch 1,5 Mrd. EUR betragen. Auch die **deutschen Direktinvestitionen in der Schweiz** verzeichneten 2015 per Saldo erneut einen Zuwachs in Höhe von 3,7 Mrd. EUR, gegenüber dem Vorjahr von 1,4 Mrd. EUR.

Nach Einschätzung der Handelskammer Deutschland-Schweiz sind die Hauptmotive der Investoren beider Länder die Absicherung und der Ausbau der Marktpositionen. Doch zeigen sich bei den Zielen deutscher Unternehmen andere Gewichtungen als bei den Schweizer Unternehmen in Deutschland.

Deutsche Unternehmen setzen bei ihren Direktinvestitionen in der Schweiz aktuell fast hauptsächlich auf die intensivere Marktbearbeitung und Verminderung administrativer Hürden in der grenzüberschreitenden Geschäftsabwicklung, die beim Zoll, der Mitarbeiterentsendung und in der Logistik entstehen. Dies im Unterschied zu früheren Jahren, wo auch das Motiv des relativ wettbewerbsfähigeren Produktionsstandorts Schweiz im Vordergrund stand.

Schweizer Unternehmen suchen neben dem Hauptmotiv intensiverer Marktbearbeitung verstärkt nach günstigeren Produktionsstandorten, sei es zur teilweisen oder vollständigen Verlagerung der Produktion oder Fertigungsprozessen. Vor allem der hohe Schweizer Frankenkurs zwingt die Unternehmen nach Massnahmen zur Kostensenkung zu suchen. Angesichts des hohen Bestands an Schweizer Tochterunternehmen in Deutschland ist es nicht verwunderlich, dass sie diese Verlagerungsmöglichkeiten zuerst innerhalb des eigenen Firmennetzes prüfen. Hinzu kommt die Überwindung der wachsenden logistischen Schwierigkeiten beim Warenexport, da die Schweiz nicht Mitglied der Europäischen Zollunion ist.

Die Bestandsstatistik der Deutschen Bundesbank weist für das Jahr 2013 (aktuellste Zahlen) **1'329 deutsche Unternehmen in der Schweiz** mit einem Jahresumsatz von 99,9 Mrd. EUR und 117'000 Beschäftigten aus. Das Schweizer Engagement in Deutschland ist noch stärker. Die offizielle Statistik weist **1'812 Schweizer Unternehmen in Deutschland** mit einem Jahresumsatz von 132'500 Mrd. EUR und 366'000 Beschäftigten aus. Darüber hinaus gibt es viele Repräsentanzen, Zweigniederlassungen und Kleinunternehmen, die nicht der Meldepflicht unterliegen und daher von der Statistik nicht erfasst werden. Die Handelskammer schätzt diese Zahl jeweils mindestens gleich hoch ein wie die der statistisch erfassten Unternehmen.

Presse-Information

Nummer: 4.1.

Communiqué de presse

Datum: 1. April 2016

Notizia di stampa

Masseneinwanderungsinitiative: Nachhaltige Lösung der Beziehungen Schweiz-EU erforderlich

Über zwei Jahre nach Annahme der Masseneinwanderungsinitiative ist eine Lösung zwischen der Schweiz und der EU nicht in Sicht. Unterdessen hat der Bundesrat am 4. März 2016 die Botschaft zur Umsetzung des neuen Verfassungsartikels bekannt gegeben. Das vorgestellte Konzept basiert auf einer Schutzklausel mit temporären Obergrenzen, im Sinne einer Notlösung, falls eine einvernehmliche Lösung mit der EU nicht gelingen sollte. Da das Konzept Kontingente für alle Ausländer, inklusive EU Bürger und Grenzgänger und einen Inländervorrang vorsieht, wäre eine Anpassung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU erforderlich.

Während die Schweiz ein Verhandlungsmandat verabschiedet hat, ist die EU derzeit nicht gewillt, Verhandlungen über eine Anpassung aufzunehmen. Damit besteht die Gefahr der Kündigung oder Sistierung der gesamten bilateralen Abkommen I.

Geblichen ist die grosse Verunsicherung bei deutschen und schweizerischen Unternehmen über die Frage, welches Regelwerk und welches künftige Integrationsniveau zwischen der Schweiz und der EU zu erwarten ist. Diese Frage wird der Handelskammer heute beinahe täglich von den am grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehr beteiligten Firmen gestellt. Dabei stehen Befürchtungen um eine allfällige Personalknappheit und deren Auswirkung auf die Erfüllung von Aufträgen, den weiteren freien Austausch von Gütern und Dienstleistungen sowie die Auswirkungen auf geplante Investitionen im Vordergrund.

Deutschland ist Wirtschaftspartner Nr. 1 für die Schweiz mit einem Handelsvolumen von 84 Mrd. CHF. Produkte und Dienstleistungen, auch im Rahmen von Zulieferketten, überqueren heute täglich die Landesgrenzen. Leben und arbeiten im jeweils anderen Land, studieren, Aufträge ausführen, Montagen vornehmen, gemeinsam kooperieren in Forschung und Entwicklung, entsenden von Mitarbeitenden, an firmeninternen Schulungen und Projekteinsätzen teilnehmen, Messen besuchen und ausstellen, im Verkauf akquirieren und vieles mehr, sind heute eine Selbstverständlichkeit zwischen den beiden Wirtschaftspartnern. Dieser reibungslose Austausch über die Grenze stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaftsstandorte im globalisierten Wettbewerb. Die Basis und Voraussetzung hierfür stellt das Rahmenwerk der bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU dar.

Im Falle der Kündigung der bilateralen Abkommen wäre aus Sicht der Handelskammer der Wirtschaftsverkehr zwischen beiden Ländern erheblich beeinträchtigt, zum Nachteil für die Schweiz und für Deutschland (siehe Kasten).

Presse-Information

Nummer: 4.2.

Communiqué de presse

Datum: 1. April 2016

Notizia di stampa

Die Handelskammer Deutschland-Schweiz begrüsst ausdrücklich, die Idee ein flexibles Migrationsmodell mit Schutzklauseln in die Gespräche mit der EU einzubringen. Da Grenzgänger und Kurzaufenthalter*) nicht Teil der ständigen Wohnbevölkerung der Schweiz sind, sollten diese auch nicht in die Kontingente einbezogen werden. Ausserdem ist eine weitere Verschärfung der flankierenden Massnahmen aus Sicht der Kammer eine zusätzliche Erschwerung des grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehrs, zumal die bisherigen Massnahmen sich als komplex in der praktischen Umsetzung erweisen.

Es gilt, so schnell wie möglich die Planungssicherheit für die Unternehmen wieder herzustellen. Dazu ist es erforderlich, dass die Beziehungen Schweiz-EU auf ein langfristig zuverlässig kalkulierbares und nachhaltiges Fundament gestellt werden.

*) Kurzaufenthalter unter 4 Monaten sind nicht in die Kontingente einbezogen

Die bilateralen Abkommen sind eine Erfolgsgeschichte – das ist das Ergebnis einer Reihe von Studien einer Reihe von unabhängigen Forschungsinstituten.

Die Ökonomen des SECO gehen davon aus, dass die Öffnung der Märkte und somit der Austausch und die Verflechtung für die beteiligten Volkswirtschaften von Vorteil ist. Zwei unabhängige Forschungsinstitute, BAKBASEL und Ecoplan, haben im Auftrag des SECO die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen eines Wegfalls der Bilateralen I analysiert. Die Studien zeigen, dass ein Wegfall der Bilateralen I zu einem deutlich schwächeren Wirtschaftswachstum in der Schweiz führen würde. Hinzu kämen Einbussen, wie der Verlust an Rechtssicherheit und die Minderung der Standortattraktivität. Insgesamt reihen sich die Resultate in ihrer Grössenordnung in die bestehende Literatur zu den einzelnen Abkommen der Bilateralen I ein. Forscher der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich (KOF) stellen fest, dass seit dem Inkrafttreten der Bilateralen I die Wachstumsrate der Schweiz deutlich gestiegen ist. Das Wirtschaftsforschungsinstitut Prognos hat anhand eines Simulationsmodells das Wachstum der Schweizer Wirtschaft seit Einführung der Bilateralen I geschätzt und kommt zum Schluss, dass rund ein Drittel des heutigen Wohlstands der Schweiz auf die positive Entwicklung des Austausches mit der EU zurückzuführen ist. Schweizer Exporteure konnten von den bilateralen Verträgen klar profitieren. Eine umfassende Analyse des Wirtschaftsdachverbands economiesuisse vom März 2016 kommt zum Schluss, dass insbesondere die Finanzkrise und die Frankenstärke den Blick auf diese Erfolgsgeschichte verdeckt haben. Zu Unrecht. Dank der Bilateralen stehen die Einwohner der Schweiz heute im Durchschnitt deutlich besser da.

Presse-Information

Nummer: 5.1.

Communiqué de presse

Datum: 1. April 2016

Notizia di stampa

Ständig wachsende Bürokratie beim Personaleinsatz über die Grenze

Ein von der Politik immer wieder versprochener Bürokratieabbau ist in der Praxis des grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehrs nicht festzustellen. Im Gegenteil zeigen aktuelle Beispiele den gegenteiligen Trend auf. Schweizer Unternehmer müssen beispielsweise für ihre Grenzgänger mit Wohnsitz in Deutschland neue Zollvorschriften beachten. Umgekehrt sehen sich deutsche Entsendebetriebe einem stetig wachsenden Verwaltungsaufwand bei Entsendungen ihrer Mitarbeiter in die Schweiz ausgesetzt.

Neuer Verwaltungsaufwand für Schweizer Unternehmen bei der Beschäftigung deutscher Grenzgänger

Seitens der EU wurde die Benutzung von einem ausserhalb der Schweiz und damit auch der Schweiz zugelassenen Fahrzeugen beschränkt, wenn diese durch in der EU wohnhafte Personen benutzt werden.

Welcher Personenkreis ist betroffen?

Im Verhältnis Deutschland – Schweiz sind von der Neuregelung die in Deutschland wohnhaften Mitarbeiter betroffen, die bei einem in der Schweiz ansässigen Arbeitgeber angestellt sind und ein in der Schweiz zugelassenes Fahrzeug in Deutschland nutzen. Darunter fallen beispielsweise in Deutschland wohnhafte Grenzgänger eines Schweizer Arbeitgebers.

Was bedeutet dies für Arbeitgeber mit Sitz in der Schweiz?

Für Arbeitgeber mit Sitz in der Schweiz, die deutsche Grenzgänger beschäftigen, bedeutet die Neuregelung erhöhten Verwaltungsaufwand. Es stehen Ihnen zwei Optionen zur Verfügung:

1. Option

Der Schweizer Arbeitgeber beschränkt die Nutzung des in der Schweiz zugelassenen Fahrzeuges im Arbeitsvertrag auf die Fahrten zwischen Arbeitsplatz (in der Schweiz) und Wohnort des Mitarbeiters in Deutschland (ein kurzer Unterbruch zum Beispiel zum Einkauf ist unschädlich). Soweit der Grenzgänger das Fahrzeug bislang privat uneingeschränkt in Deutschland genutzt hat, muss der Schweizer Arbeitgeber seinen Mitarbeiter nun schlechter stellen. Des Weiteren muss die Beschränkung auf die Fahrten zwischen Wohn- und Arbeitsort neu im Arbeitsvertrag festgehalten werden. Schliesslich muss eine Kopie des Arbeitsvertrages im Fahrzeug mitgeführt werden.

2. Option

Das Fahrzeug wird für Deutschland versteuert und verzollt. Dies hat zur Folge, dass das Fahrzeug in Deutschland uneingeschränkt vom Grenzgänger genutzt werden darf. Es entsteht aber der Verwaltungsaufwand, das Fahrzeug zu verzollen und zu versteuern sowie allenfalls eine finanzielle Belastung (z.B. wenn keine Zollpräferenzen genutzt werden können). Schliesslich sollte der Verzollungsbeleg im Fahrzeug mitgeführt werden.

Presse-Information

Nummer: 5.2.

Communiqué de presse

Datum: 1. April 2016

Notizia di stampa

Stetig wachsende Hürden für deutsche Entsendebetriebe Richtung Schweiz

Meldeverfahren

Deutsche Entsendebetriebe können während 90 Arbeitstagen pro Kalenderjahr ohne ausländerrechtliche Bewilligung in der Schweiz erwerbstätig sein. Für sie besteht lediglich eine Meldepflicht (sogenanntes Meldeverfahren).

Beim Meldeverfahren steigt der Verwaltungsaufwand für deutsche Entsendebetriebe stetig, indem weitere Angaben bei der Meldung – wie beispielsweise Angaben zu den Lohnzahlungen – eingeführt werden. Seit Dezember 2014 müssen Entsendebetriebe neu auch im Meldeverfahren umfassende Fragen zur Schweizer Mehrwertsteuerpflicht beantworten, bevor sie die Meldung für ihre Mitarbeiter abschliessen können.

Bewilligungsverfahren

Für Arbeitseinsätze, die 90 Tage pro Kalenderjahr überschreiten, ist immer und für jede einzelne Person separat eine Aufenthaltsbewilligung mit Erwerbstätigkeit bei der zuständigen kantonalen Arbeitsmarktbehörde einzuholen, wobei grundsätzlich kein Rechtsanspruch auf Erteilung einer solchen Bewilligung besteht.

Kurzaufenthaltsbewilligungen für Dienstleistungserbringer aus EU / EFTA unterliegen des Weiteren Höchstzahlen, wenn die Aufenthalte über 120 Tage dauern. Diese Höchstzahlen werden jährlich vom Bundesrat festgelegt. Zum 01.01.2015 wurden diese Höchstzahlen vom Bundesrat für das Jahr 2015 gekürzt und für das Jahr 2016 auf dem niedrigen Vorjahresniveau belassen. Dabei werden diese Kontingente quartalsweise an die Kantone freigegeben.

Geplante Verschärfungen

Nach den Vorschlägen des Schweizer Bundesrates soll neu die Voraussetzungen für eine Verlängerung von Normalarbeitsverträgen mit zwingenden Mindestlöhnen definiert werden. Des Weiteren soll geprüft werden, ob die Pflicht zur Benennung einer Zustelladresse für ausländische Dienstleistungserbringer eingeführt werden soll. Schliesslich soll ein Aktionsplan zur Verbesserung des Vollzugs der flankierenden Massnahmen bis Oktober 2016 vorgelegt werden.

Bereits beschlossen ist die Erhöhung der Verwaltungssanktionen bei Verstössen gegen die minimalen Lohn- und Arbeitsbedingungen von CHF 5.000 auf CHF 30.000.

Ob durch Entsenderichtlinien, Zollverschriften, MWST-Regelungen oder Verordnungen zur Sozialversicherung und leider vieles mehr, die Regelungsdichte, die administrativen Aufwendungen und damit verbundene Beleg- und Beweisführungspflichten, haben in den letzten Jahren in beiden Ländern deutlich zugenommen. Grenzüberschreitende Geschäftsvorgänge sehen sich einer immer grösser werdenden Bürokratie gegenüber. Für kleinere Unternehmen und für kleinere Aufträge wird das Geschäft über die Grenze mit jedem Jahr kostenintensiver. Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen unserer Exportnationen zielen jedoch auf die Offenheit der Märkte, den freien Wettbewerb, von Gütern, Dienstleistungen und den freien Personenverkehr.

Presse-Information

Nummer: 6.1.

Communiqué de presse

Datum: 1. April 2016

Notizia di stampa

Weiterhin keine Lösung beim Wirtschaftshemmnis durch Schweizer Sozialversicherung für Unternehmensgründer in der Schweiz

Im deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverkehr stellen sozialversicherungsrechtliche Regelungen weiterhin ein Investitionshemmnis für beide Wirtschaftsstandorte dar. Personen, die in Deutschland eine selbständige Tätigkeit und gleichzeitig in der Schweiz eine unselbständige Beschäftigung ausüben, werden mit ihrem gesamten (deutschen und schweizerischen) Erwerbseinkommen der Schweizer Sozialversicherung unterstellt. Dies führt zu einer erheblichen finanziellen Belastung für die betroffenen Personen.

Wer ist betroffen?

Betroffen sind vor allem Personen, die in Deutschland von der gesetzlichen Rentenversicherungspflicht befreit sind, und zusätzlich zur deutschen Erwerbstätigkeit in der Schweiz eine unselbständige Erwerbstätigkeit aufnehmen. Dies sind hauptsächlich folgende Konstellationen:

- Geschäftsführer einer deutschen GmbH (mit Befreiung von der deutschen Sozialversicherungspflicht) und Tätigkeit als Verwaltungsrat einer Schweizer AG oder als Geschäftsführer einer Schweiz GmbH oder
- Vorstand einer deutschen AG (mit Befreiung von der deutschen Sozialversicherungspflicht) und Tätigkeit als Verwaltungsrat einer Schweizer AG oder als Geschäftsführer einer Schweiz GmbH oder
- Selbständige in Deutschland (mit Befreiung von der deutschen Sozialversicherungspflicht) und Tätigkeit als Verwaltungsrat einer Schweizer AG oder als Geschäftsführer einer Schweiz GmbH oder
- Kommanditist einer deutschen GmbH & Co KG und Tätigkeit als Verwaltungsrat einer Schweizer AG oder als Geschäftsführer einer Schweiz GmbH.

Was ist die Folge für die Personen?

Die Personen unterliegen mit ihrem deutschen und schweizerischen Erwerbseinkommen der Schweizer Sozialversicherung, was eine erhebliche finanzielle Belastung bedeutet, zumal der Wohnsitz und die Höhe des Schweizer Einkommensteils keine Rolle spielen. Selbst wenn für die Schweizer Tätigkeit keine Zahlung erfolgt, kommt die vorgenannte Regelung zur Anwendung.

Presse-Information

Nummer: 6.2.

Communiqué de presse

Datum: 1. April 2016

Notizia di stampa

Was ist das Ziel?

Nach der früheren Praxis der Sozialversicherungsbehörden konnte mit einer sogenannten Ausnahmereinbarung das deutsche Erwerbseinkommen von der Schweizer Sozialversicherung ausgenommen werden, was die Problematik in finanzieller Hinsicht erheblich entschärfte. Diese Praxis wurde aber mit dem Inkrafttreten der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit am 01.04.2012 aufgegeben.

Die Handelskammer Deutschland-Schweiz ruft daher auf, Investitionen / Erwerbstätigkeiten in beiden Ländern nicht durch finanziell nachteilige Sozialversicherungsunterstellungen zu erschweren. Ziel ist es, mit bilateralen Lösungen (z. B. Ausnahmereinbarungen) Investitionen in beiden Ländern zu fördern. Eine Lösung der Problematik liegt damit im Interesse beider Wirtschaftsstandorte.

Presse-Information

Nummer: 7.1.

Communiqué de presse

Datum: 1. April 2016

Notizia di stampa

Erstmals über 300'000 Deutsche in der Schweiz: Zuwanderung aus Deutschland deutlich rückläufig

Die ständige ausländische Wohnbevölkerung der Schweiz wuchs 2015 gegenüber dem Vorjahr um 46'893 Personen (2014: + 60'393). Treiber für dieses schwächere Plus sind allerdings längst nicht mehr Deutsche wie 2007 und 2008. Damals waren Veränderungen von je rund 30'000 Personen pro Jahr üblich. Die grössten Beiträge zur Bestandsveränderung 2015 leisteten die folgenden fünf Staaten; gemeinsam verantworteten sie etwa die Hälfte des Zuwachses:

Frankreich	+ 6'241
Italien	+ 5'123
Portugal	+ 5'057
Kosovo	+ 4'914
Polen	+ 3'252

Lediglich 2'934 deutsche Staatsangehörige liessen sich 2015 neu dauerhaft in der Schweiz nieder. Damit stellte unser Nachbar noch gut 6 % des Zuwachses. Derart tiefe Änderungen waren letztmals kurz vor 2000 zu beobachten.

Dennoch lebten Ende 2015 mit 301'548 Personen erstmals mehr als 300'000 Deutsche permanent in der Schweiz. Mit einem Anteil von 15,1 % sind sie unverändert die zweitgrösste ausländische Gemeinschaft und liegen wenig hinter den Italienern. Trotz dieses Allzeithochs liegt der Anteil der deutschen Bevölkerung heute tiefer als vor 100 Jahren, dem ersten Hoch unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg. Damals stellten die etwas mehr als 200'000 Deutschen in der Schweiz rund 40 % der Ausländer im Land.

Rang	Herkunftsstaat	Gemeldete Personen	Anteil Bestand
1	Italien	313'725	15,7 %
2	Deutschland	301'548	15,1 %
3	Portugal	268'067	13,4 %
4	Frankreich	123'050	6,2 %
5	Kosovo	110'262	5,5 %

Die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Schweiz entfaltet europaweit nach wie vor eine gewisse Sogwirkung. Besonders anziehend wirkt sie auf leidende Volkswirtschaften und/oder traditionelle Migrationsländer wie Frankreich, Italien, Portugal oder einige ost- und südosteuropäische Staaten. Starke Volkswirtschaften – wie Deutschland – sind heute weitgehend resistent gegenüber schweizerischen Migrationsangeboten.

Per Ende 2015 zählte die Schweiz 358'495 Grenzgänger-Bewilligungen – ein Plus von 3,7 %. Deutschland ist Wohnsitzland von 72'086 Grenzgängern (+ 4,0 %), was unverändert einem Anteil von rund 20 % aller Grenzgänger entspricht.